Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt.
Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten
die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 249. **Dienstag** den 6. September 1887. **81. Jahrgang**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Bis auf Weiteres wird Erde — jedoch nur gewachsener Boden — und zwar gegen eine Vergütung von **30 Pfg. für das zweispännige Fuder** an folgenden, mittelst Pfählen und Reisern abgesteckten Plätzen **angenommen:**

1) auf dem Stück der Heiligen Wiese südlich des Johanna-Park-Weges und rechts des Pleißenfluthbettes, mit Ausschluß des rechten Vorlandes des letzteren;

2) auf der Wiese am Fahrwege durch das Nonnenholz und zunächst des nach der Kettenbrücke führenden Fußweges.

Leipzig, den 17. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3156. Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung, die Productenbörse betr.

Zu der seitens der **Besucher der Productenbörse** vorzunehmenden **Wahl von 3 Mitgliedern** in den nach §. 7 der Börsenordnung behufs Umlegung der Jahresbeiträge zu bestellenden **Schätzungs-Ausschuß** werden die Besucher der Productenbörse — und zwar mit Ausschluß der lediglich des Waarengeschäfts im engeren Sinne wegen die Börse besuchenden Firmen — unter Hinweis auf den betreffenden Börsenanschlag auf

Dienstag, den 13. September d. J., Nachmittags 1 Uhr

zu einem in der Productenhalle im Anschluß an die gewöhnliche Börsenversammlung abzuhaltenden **Wahlactus** von den unterzeichneten, in den genannten Ausschuß delegirten Mitgliedern der 2. Abtheilung des Börsenvorstandes hiermit einberufen.

Der Zutritt zu dieser Versammlung ist nur gegen Vorzeigung der Börsenkarte gestattet.

Leipzig, den 5. September 1887.

Fr. Schmidt, C. Albr. Brockhoff, Georg Schroeder. Biehl, Börsensecretair.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstatteter Anzeige zufolge:

1) ein **Damen-Wintermantel** von schwarzem glatten Stoff mit Plüschbesatz und einer Reihe Hornknöpfe, ein **Damen-Schlafrock** von wollenem blau- und grau carrirtem Stoff, **3 weißleinene Damenhemden**, „P. Z." gez., **3 Schürzen, 3 verschiedene Unterröcke** und **3 verschiedene Tücher**, aus einer Bodenkammer in Nr. 3 der Münzgasse, in den letzten 2 Monaten;

2) ein **Damen-Regenschirm**, ziemlich neu, mit schwarzem halbseidenen Bezug und einem ca. 7 cm langen versilberten Griff mit Blumengravirung aus einem Vorsaale in Nr. 17 am Königsplatz, am 16. vor. Mts. Abends;

3) **4 Shawls Gardinen**, crêmefarbig, je ca. 3½ m lang, vom 22. bis 27. vor. Mts., aus einer Wohnung in Nr. 8 der Windmühlenstraße;

4) eine wasserdichte **Segeltuch-Plane**, 7—8 Ellen im Quadrat, aus einem Gastlocale in Nr. 43 der Windmühlenstraße, vom 27. bis 29. vor. Mts.;

5) ein schwarzledernes **Portemonnaie** mit Nickelbügel, enthaltend **25 Mark** in Gold und Silber, am Nicolaikirchhof mittelst **Taschendiebstahls**, am 29. vor. Mts. Mittags;

6) eine **Kiste**, signirt: „Schwennicke's Nachf.", mit ca. **50 Stück Apfelsinen**, vom Rayon des Dresdner Bahnhofs am Post-Amt II, am 29. vor. Mts. Abends;

7) ein schwarzledernes **Geldtäschchen** mit weißem Schlößchen, enthaltend ca. **32 ℳ, 2 Kalender** und ein **Panoramabillet**, in der Petersstraße, am 31. vor. Mts. Vormittags mittelst **Taschendiebstahls**;

8) ein **Damen-Umhang** von schwarzwollenem Spitzenstoff mit Perlenbesatz, aus einem Vorsaale in Nr. 56 der Nordstraße, am 30. vor. Mts.;

9) ein **Rock** und eine **Hose** von dunkelblauem Kammgarnstoff, ersterer schwarz gefüttert, mit einer Reihe übersponnener Knöpfen und Kettchenhenkel, letztere mit Hintertasche, aus einer Wohnung in Nr. 43 der Weststraße, in den letzten 4 Wochen;

10) ein **Deckbett** mit blau- und graugestreiftem Inlett und ein **Kopfkissen** mit roth- und weißgestreiftem Inlett, aus einer Bodenkammer in Nr. 30 der Johannesgasse, seit 20. vor. Mts.;

11) eine silberne **Cylinderuhr** ohne Goldrand, mit Secunde, Fabriknummer 64741, und anhängender **Nickelkette**, aus dem offenen Garderoberaum der Schwimm-Anstalt in der Schreberstraße, am 1. dss. Mts. Vormittags;

12) eine silberne **Cylinder-Remontoiruhr** mit Secunde, Goldrand und anhängender **Messingkette**, aus einer Wohnung in Nr. 3 der Katharinenstraße, am 1. dss. Mts. Vormittags;

13) **3 Oberhemden**, ziemlich neu, mit weißleinenen Einsätzen, **2 weiße halbleinene Frauenhemden**, „L." gez., **6 weiße gemusterte Damast-Tischtücher**, 3 Stück „A. L." und 3 Stück „B. L." gez., **4—5 Stück** ebensolche **Servietten**, **2 Paar Frauenhosen** von weißem Piqué-Barchent, „B. P." gez., **4 Paar** weißbaumwollene **Frauenstrümpfe**, ungezeichnet, und **ein** weißleinenes **Betttuch**, „P. S." gez., aus einer Wohnung in Nr. 2 der Katharinenstraße, vom 29. vor. bis 1. dss. Mts.;

14) ein breites goldenes **Armband** mit einer in Silber gravirten Blume und eine **Blech-Sparbüchse** mit ca. **10 ℳ**, aus einer Wohnung in Nr. 27 der Frankfurter Straße, am 2. dss. Mts. Abends.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 5. September 1887.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. D.

Bekanntmachung.

Der diesjährige zweite

Roß- und Viehmarkt

in

Volkmarsdorf-Leipzig

findet

Donnerstag, den 8. September a. c.

statt.

Der Gemeinderath.
Lehmann. Vogel.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Zörbig Band XIII — Blatt 468 — auf den Namen des Fabrikbesitzers **Otto Eberhardt zu Zörbig** eingetragene, in Zörbig vor dem Hallischen Thore unter **Hausnummer 469** belegene **Grundstück**, als: a. **Wohnhaus mit Hof und 1 Ar Hausgarten**, b. **Wirthschaftsgebäude mit Küche und Kammer** ꝛc., c. **Fabrikgebäude**, d. **Gewerbliches Seitengebäude**, e. **Kesselhaus**, f. **Lagerhaus**, g. **Seitengebäude**,

am 21. September 1887, Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1935 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Zimmer Nr. 4, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 23. September 1887, Vormittags 11 Uhr**, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2, verkündet werden.

Zörbig, den 9. Juli 1887.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Sendung des Generals Ernroth.

Während des ganzen Laufes der bulgarischen Krisis ist keine so seltsame Nachricht aufgetaucht wie diejenige, daß die türkische Regierung den russischen Vorschlag, den General Ernroth nach Bulgarien zu senden, angenommen und die deutsche Regierung gebeten habe, das Einverständniß der Mächte über die Ausführung dieser Sendung anzubahnen. In dem Streben, eine Erklärung für diese Handlungsweise der türkischen Regierung zu finden, kommt man zu dem Ergebniß, daß dieselbe mit einer diplomatischen Feinheit, die man bei ihr nicht hätte vermuthen sollen, das Mittel entdeckt hat, den Wünschen Rußlands sich scheinbar gefügig zu erweisen in der sicheren Voraussicht, daß das Einverständniß der Mächte über diese Sendung niemals zu erreichen sein werde. Der Vorschlag Rußlands war offenbar nicht für die Mächte, sondern nur für die Türkei bestimmt, welche ihn selbstständig annehmen sollte, ohne die Mächte zu fragen. Rußland hat stets die Nothwendigkeit betont, daß die Türkei die Lösung der bulgarischen Frage in die Hand nehmen müsse, daß es ihre Aufgabe sei, den früheren Zustand wieder herzustellen, also den Rücktritt des Fürsten Ferdinand und seinen Abzug aus Bulgarien zu bewirken, widrigenfalls Rußland die ihm zweckmäßig dünkenden Maßregeln ergreifen werde. Die Türkei hat sich durch diese Drohung aber nicht einschüchtern lassen, sondern mit Zähigkeit an der Auffassung festgehalten, daß weder sie allein, noch im Bunde mit Rußland zur Lösung der bulgarischen Frage schreiten könne, sondern daß die Vertragsmächte in ihrer Gesammtheit über die Zukunft Bulgariens Beschluß zu fassen haben. Dieser Standpunct ist ebenso richtig und klug als für Rußland unbequem, und deshalb hat die russische Regierung sich genöthigt gesehen, die Sendung des Generals Ernroth unausgeführt zu lassen. Herr v. Giers hat sich des Brüsseler „Nord" bedient, um die veränderte Sachlage der Welt kund zu thun, und stellt die Sache so dar, als ob die Ausführung der beabsichtigten Sendung des Generals erst dann geschehen könne, wenn es der Türkei gelungen sei, die gesetzliche Ordnung der Dinge in Bulgarien wiederherzustellen und die geschehene Verletzung des Berliner Vertrages wieder gut zu machen. Die Sendung des Generals Ernroth ist mithin nicht nur vertagt, sondern aufgegeben, weil sich ihrer Ausführung unerwartete Schwierigkeiten entgegengestellt haben, welche erst im Wege der Unterhandlung beseitigt werden müssen. Durch diesen sehr zeitgemäßen Entschluß der russischen Regierung wird Deutschland der Mühe überhoben, die übrigen Vertragsmächte zu einer Meinungsäußerung zu veranlassen, welche nun und nimmermehr die Zustimmung zur Sendung Ernroth's ergeben hätte.

Rußland hat seine Stellung in Bulgarien durch den Vorschlag, einen russischen General mit der einstweiligen Führung der Regentschaft und des Generalgouvernements über Ostrumelien zu betrauen, nicht verbessert, es hat dadurch seine wahren Absichten mit zu großer Deutlichkeit und zu einer Zeit verrathen, welche der Verwirklichung derselben ungünstig war. Daraus haben die Freunde der bulgarischen Selbstständigkeit und Bulgarien selbst den größten Vortheil gezogen. Die österreichische Regierung hat den von Rußland begangenen Fehler sofort erkannt und ihn durch die Bemerkung charakterisirt, daß, wenn die Mächte durch Deutschlands Vermittelung für diesen Vorschlag gewonnen werden sollten, sie sich zunächst die Frage vorzulegen hätten, ob dadurch eine friedliche Lösung der bulgarischen Frage gefördert würde. Es ist klar, daß dies nicht der Fall ist, daß Rußlands Vorgehen vielmehr unter allen Umständen als eine gewaltthätige Handlungsweise erscheinen müßte, welche nur Sinn habe, wenn sie nicht nur versucht, sondern auch durchgesetzt werde.

Die bulgarische Regierung hat die Sendung des Generals Ernroth sofort in ihrer wahren Bedeutung erkannt und demgemäß gehandelt. Die nächste Wirkung war die Beendigung der seit Wochen schwebenden Ministerkrisis, das neue Ministerium war plötzlich fertig, als Bulgarien vor die Gefahr eines neuen Eingriffs Rußlands in seine innere Entwickelung gestellt war. Die bisherigen Regenten Stambulow, Mutkurow und Tschitkow vereinigten sich mit Stoilow, Stranski und Natschewitsch zur Führung der Geschäfte und erklärten sich bereit, auch den neuen Gefahren, welche Bulgarien bedrohen, einmüthig und thatkräftig entgegenzutreten. Es wurde beschlossen, dem russischen Sendling, wenn er in amtlicher Eigenschaft und mit den äußeren Abzeichen seines Standes bekleidet, an den Grenzen Bulgariens erscheinen sollte, den Zutritt zu verschließen und nur dem Privatmann Ernroth keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die bulgarische Regierung wird nicht in die Lage kommen, diesen Beschluß auszuführen, weil die Sendung Ernroth's vorläufig aufgegeben ist, aber der moralische Eindruck des Beschlusses bleibt derselbe, und er zeigt, daß Bulgarien nach wie vor bereit ist, den Kampf für seine Unabhängigkeit aufzunehmen, mag ihm die Gewalt in dieser oder jener Form gegenübertreten.

Auch jetzt steht Bulgarien wieder wie vor einem Jahre vor Neuwahlen und es liegt natürlich im Interesse Rußlands, diese Wahlen zu seinen Gunsten zu lenken. Nur wenn sie in russischem Sinne ausfallen, haben sie Aussicht auf Anerkennung durch Rußland. Bekanntlich bestand der Haupteinwand Rußlands gegen die Sobranjewahlen des vorigen Jahres darin, daß unter der Herrschaft des Belagerungszustandes die Freiheit der Wahlen beeinträchtigt sei. Diesem Mangel soll diesmal Abhilfe geschaffen werden, es verlautet, daß der Belagerungszustand in den nächsten Tagen aufgehoben werden soll.

Es ist klar, daß Wahlen, welche unter dem Einfluß eines vom bulgarischen Volke gewählten Fürsten vorgenommen werden, noch russenfeindlicher ausfallen werden als die Wahlen, auf welche Rußland durch einen General persönlichen Druck ausgeübt hat. Die Wahlen vom 10. October 1886 brachten bekanntlich eine große Mehrheit für die bulgarische Regentschaft in die Große Sobranje, obwohl die Austrengungen der russischen Agenten, russenfreundliche Wahlen zu erzielen, an mehreren Orten Bulgariens, insbesondere in der Hauptstadt, zu blutigen Zusammenstößen geführt hatten. Die Sendung des Generals Ernroth würde das gleiche Schauspiel auch bei den Neuwahlen gewährt haben. Heute ist aber Rußland nicht in der Lage, die Wühlarbeit in gleichem Umfange vorzunehmen, weil die russischen Consuln schon seit November vorigen Jahres Bulgarien verlassen haben und an Stelle dieser durch völkerrechtliche Satzungen geschützten Organe keine gleichberechtigten Nachfolger getreten sind. Dem Vernehmen nach sind die Wahlen auf den 9. October anberaumt, die Zeit, innerhalb deren Rußland seinen Einfluß zur Geltung bringen könnte, ist also nicht allzu lang bemessen.

Nichts fügt einer an sich guten Sache größeren Schaden zu als ein bereits angekündigter, später aber nach gewonnener Erkenntniß seiner Unzweckmäßigkeit zurückgezogener Versuch, ein Ziel zu erreichen, nach welchem man längere Zeit vergeblich gestrebt hat. In diesem Falle befindet sich Rußland mit der Sendung des Generals Ernroth. Hätte Rußland seinen bisherigen Standpunct der Unthätigkeit und des Widerstandes gegen alle Bemühungen, einen anerkannten gesetzlichen Zustand in Bulgarien aufzurichten, hartnäckig festgehalten, dann würde sein Thun überall den verdienten Tadel gefunden haben, aber es war keine Handhabe vorhanden, um Rußland auf einen menschlicheren Weg zu drängen; durch die verunglückte Sendung Ernroth's hat Rußland den Zauber der Unnahbarkeit in seiner bulgarischen Politik selbst zerstört und die Eigennützigkeit seiner Absichten in unwiderlegbarer Weise öffentlich kundgegeben. Die Versicherungen Rußlands, daß es die Auflösung der Ordnung in Bulgarien in Folge von Anarchie und Vertragsverletzung ruhig abwarten wolle, wird jetzt unter Hinweis auf die geplante Sendung Ernroth's überall als eine grundlose Behauptung zurückgewiesen werden.

* * *

* Wir geben nachstehend noch einen **Bericht** über die Lage, welcher der „Politischen Correspondenz" aus Sofia, 29. August, also vor Beilegung der letzten bulgarischen Cabinetskrise, zugeht:

Die Festlichkeiten, mit welchen das bulgarische Volk seiner Freude über das Erscheinen des neugewählten Fürsten im Lande Ausdruck gab, sind vorüber gerauscht und die grauen politischen Sorgen stehen wieder vor der Thüre. Die enthusiastische Stimmung hat der Ernüchterung, ja in nicht unbeträchtlichen Kreisen der Bevölkerung dem Gefühle der Enttäuschung Platz gemacht. Letztere Erscheinung ist allerdings sehr begreiflich, wenn man erwägt, daß das bulgarische Volk an die thatsächliche Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand von Koburg überspannte Erwartungen geknüpft hatte. Man hatte sich von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß das Eintreffen des Prinzen auf bulgarischem Boden die Beendigung der Krise und die Eröffnung einer neuen, glücklicheren Aera für Bulgarien bedeuten werde. Man ging dabei von der logischen Voraussetzung aus, daß der Prinz, indem er sich zur Uebernahme der Regierungsgewalten in Bulgarien entschloß, sich der schließlichen Anerkennung seitens der Pforte und der Großmächte — mit Ausnahme Rußlands — sicher fühlen müsse und selbst bezüglich der einzigen Macht, welche eine endgiltige Befestigung der bulgarischen Verhältnisse seit zwei Jahren zu verhindern wußte, Anzeichen besitzen dürfte, welche zu der Hoffnung auf allmälige Versöhnung berechtigen. Es ist wahrscheinlich, daß jene bulgarischen Staatsmänner, welche den Prinzen zu dem Zuge nach Sofia unablässig drängten, sich betreffs der seitens der Mächte zu erwartenden Stellungnahme keineswegs so günstigen Hoffnungen hingaben wie das Groß der Bevölkerung; selbstverständlich haben sie aber nicht das Geringste gethan, um letztere in ihrem Glauben zu erschüttern. Für die Zerstörung dieses Glaubens haben nun die Ereignisse selbst in so gründlicher Weise gesorgt, daß die Bemühungen der maßgebenden Persönlichkeiten, die Bevölkerung länger im Banne jener Täuschung zu halten, kaum welche Erfolge erzielen. Die Kundgebungen jener auswärtigen Blätter, welche als Dolmetsche der in den europäischen Centren herrschenden Gesinnungen angesehen werden, die entschiedene Beurtheilung, welche das Unternehmen des Prinzen in diesen Organen erfuhr, und vollends die Haltung der auswärtigen Vertretungen in Bulgarien gegenüber dem Prinzen haben in den politischen Kreisen des Fürstenthums vielfach einen sehr tiefen Eindruck hervorgerufen, denn selbst jene Persönlichkeiten, welche die Lage ungleich nüchterner beurtheilen als die große Masse, hatten sich auf eine so schroffe Stellungnahme des einen Theiles und eine so große Indifferenz des Restes der Mächte nicht gefaßt macht.

Man kann sich leicht ein Bild davon machen, wie niederdrückend das Andauern der Krise, die Schwierigkeiten der Neugestaltung der Regierung und die Ignorirung des Prinzen seitens der diplomatischen Vertretungen auf die Bevölkerung wirken muß. Besonders lebhafte Verstimmung ruft namentlich die Thatsache hervor, daß der Belagerungszustand, von welchem man sofort nach der Ankunft des Prinzen erlöst zu werden gehofft hatte, bisher weder in Bulgarien, noch in Ostrumelien aufgehoben worden ist. Dieser Umstand beweist in den Augen der Bevölkerung eindringlicher als alle Kundgebungen der auswärtigen Presse und alle Intimationen der Pforte den unverminderten schweren Ernst der Lage. Hierzu kommt, daß es in Bulgarien heute Niemanden giebt, auf den das Volk mit Zuversicht blicken, auf den es sichere Hoffnungen in Betreff der baldigen Herbeiführung einer glücklicheren Zeit bauen würde. Weder die Regentschaft, noch das Ministerium hatten, bei aller Anerkennung der hervorragenden Tüchtigkeit Einzelner von ihnen, einen wahrhaft populären Mann in dem Sinne in ihrer Mitte, daß sein Name gleichsam eine Parole für das Volk bilden, daß Bulgarien aus seinem Worte und seiner Erscheinung immer neuen Muth schöpfen würde, und was den Prinzen von Koburg betrifft, sind bisher nicht einmal die ersten Ansätze einer Popularität seiner Person wahrzunehmen.

Es sei bei diesem Anlasse bemerkt, daß ein Passus in der Ansprache des Prinzen bei seinem Einzuge in Sofia unter der Bevölkerung gewisse Beklemmungen hervorgerufen hat. Der Prinz erklärte bekanntlich, den internationalen Verpflichtungen strenge nachkommen zu wollen. Um eine nähere Aufklärung über den Sinn dieser vieldeutigen Redewendung angegangen, äußerte er sich dahin, daß er hierbei, abgesehen von den Verpflichtungen Bulgariens betreffs des Ausbaues der Eisenbahnen, auch die Tributleistung an die Türkei im Auge hatte. Die Bevölkerung besorgt nun, daß zur Bestreitung dieser Tributleistung eine Erhöhung der Steuern erforderlich sein werde, eine Aussicht, deren Ankündigung begreiflicher Weise keinen Enthusiasmus wecken kann. Die Stellung des Prinzen von Koburg erscheint somit, von welcher Seite man sie auch ansehen mag, als eine sehr schwierige. Seine Aufgabe wird ihm aber insbesondere durch die Unklarheit der inneren Lage erschwert. Statt mit frisch belebter Schwungkraft den neuen Fürsten in seinem dornigen Werke zu unterstützen, machen die Regenten und die Minister Miene, sich zurückzuziehen. Nun ist aber das Land auf die wenigen Persönlichkeiten, welche die Schicksale Bulgariens seit dem Scheiden des Fürsten Alexander gelenkt haben, auch fernerhin angewiesen, und es wäre ein bedenklicher Beginnen, wenn dieselben den neuen Fürsten in die Nothwendigkeit versetzten, ein Cabinet mit unbedeutenden, bisher unbekannten Mitgliedern zu berufen. Ein solches Cabinet wäre durchaus nicht mit jener moralischen Autorität ausgestattet, welche für die gedeihliche Leitung der bevorstehenden Wahlen für die ordentliche Sobranje erforderlich ist. Ohnehin wird sich diese Wahlcampagne voraussichtlich sehr heftig gestalten, denn Herr Radoslawow verfügt über einen nicht zu unterschätzenden Anhang.

Die Umtriebe bulgarischer Emigranten an den Landesgrenzen rufen gleichfalls, wenn auch geringere Besorgnisse hervor. Man hat in Sofia von den neu im Zuge befindlichen Wühlereien ziemlich genaue Kenntniß, und weiß, daß die Emigranten und unter ihnen die Hauptverschwörer an der Verschwörung gegen den Fürsten Alexander ihre Agitationen unverhüllt betreiben. Unter Anderem suchen dieselben gegen den Prinzen Ferdinand gerichtete Flugschriften, in welchen das Erscheinen eines russischen Commissars als die einzige zu einer Lösung führende Eventualität hingestellt wird, in Bulgarien einzuschmuggeln. Die Regierung hat eine sehr strenge Bewachung der Grenzen, sowohl gegen Serbien, die Türkei und die Dobrudscha, als auch der Donau-Ufergegenden verfügt, da aus allen diesen Richtungen verdächtige Momente zu ihrer Kenntniß gelangten. Nach den Verbreitern der Pamphlete, deren eines in französischer Sprache abgefaßt und angeblich in Turn-Severin gedruckt ist, wird gefahndet.

* Wie der „Politischen Correspondenz" sodann aus **Paris** gemeldet wird, giebt man in französischen Regierungskreisen andauernd der Ueberzeugung einer friedlichen Lösung der bulgarischen Schwierigkeiten Ausdruck. Es liege nicht das geringste Anzeichen vor, daß das russische Cabinet seiner wohlerwogenen Politik der Enthaltung von einseitigen Schritten und Maßnahmen untreu werden wolle; eventuellen Beschlüssen und Schritten gesammteuropäischen Charakters werde man aber in Sofia sicherlich keinen entschlossenen Widerstand bereiten. Es handle sich also um einen Einklang zwischen den europäischen Cabineten, welches Streben auf volle Unterstützung der französischen Diplomatie zu rechnen habe. Die Vornahme einer neuen Fürstenwahl in Bulgarien, ohne Theilnahme der ostrumelischen Vertreter, erscheine allerdings als eine unerläßliche Nothwendigkeit. Prinz Ferdinand von Koburg habe keinen Grund, sich einer solchen zu widersetzen. Entweder er sei populär, dann könne er seiner Wiederwahl in einer legalen, jede weitere völkerrechtliche Anfechtung ausschließenden Form gewiß sein, wodurch sich seine Lage bessere; oder er habe sich nicht populär zu machen gewußt, in welchem Falle er sicherlich selbst eine Würde nicht werde festhalten wollen, welche dieser allerwichtigsten Voraussetzung ermangle.

Leipzig, 6. September 1887.

* Der Justizausschuß des Bundesraths sollte am Montag eine Sitzung abhalten. Weitere Ausschußsitzungen sind vorläufig noch nicht anberaumt.

* Der „Post" zufolge muß der Staatssecretair v. Boetticher sich noch im laufenden Herbst einer Brunnencur in Karlsbad unterziehen. Der Antritt der Badereise dürfte in der allernächsten Zeit erfolgen, damit sie beendigt ist, wenn die gesetzgeberischen und sonstigen Vorarbeiten für die parlamentarische Zeit in Gang kommen und insbesondere die Thätigkeit des Bundesraths in erheblichem Maße in Anspruch genommen wird.

* Die Ansiedelungs-Commission wird, wie die „Danziger Zeitung" hört, sich in der nächsten Zeit mit der Vertheilung des von ihr im vorigen Frühjahre angekauften Rittergutes Bobrowo beschäftigen. Auf demselben sollen 17 deutsche Familien angesiedelt werden, die aus Rußland verwiesen worden sind. Die Bedingungen, unter welchen die Theile des Gutes den Colonisten überlassen werden, scheinen äußerst günstig für sie zu sein. Jede Familie erhält 20 Morgen Ackerland; dafür wird im ersten Jahre gar kein Pacht, später 4 ℳ pro Morgen entrichtet. Für die zu errichtenden Gebäude wird den Ansiedlern das Material geliefert. Der Preis desselben ist auf 2000 ℳ berechnet, und es sind jährlich 4 Procent Zinsen zu zahlen. Da nach der Vertheilung keine Zeit zur Bestellung der Wintersaat in diesem Jahre mehr sein wird, so werden von der Ansiedelungs-Commission jeder Familie noch 35 Centner Roggen geliefert werden.

* Die Verhandlungen über die Besetzung des Bürgermeisterpostens von Straßburg sind, wie die „Straßburger Post" mittheilt, soweit gediehen, daß Herr Back, der auf einstimmige Bitte des Gemeinderaths die Gemeindeverwaltung vorläufig neben dem Amte des Unterstaatssecretairs fortzuführen versprochen hatte, das letztere Amt aufgeben und Bürgermeister bleiben wird. Die große Beliebtheit, welche sich Herr Back in allen Kreisen der Bevölkerung erworben hatte, gab sich in den an ihn gerichteten dringenden Vorstellungen kund; namentlich legte der Abgeordnete Julius Klein, Mitglied des Staatsraths und bester Kenner der städtischen Verwaltung, aus eigener praktischer Erfahrung großes Gewicht auf das Verbleiben Back's. Die Stadt wird Herrn Back doppelten Dank dafür darbringen, daß er von seiner hohen politischen Stellung zurücktritt, um sein früheres Amt ganz wieder aufzunehmen, ein Amt, das freilich im Grunde nicht mindere politische Bedeutung hat, als der Posten eines Unterstaatssecretairs.

* * *

* Nach Meldungen aus **Wien** von unterrichteter Seite wird die Anfertigung der Mehrlader und der ersten Vorräthe der dazu gehörigen Munition insgesammt den Betrag von rund 43 Millionen beanspruchen. Die neuen Waffen sollen binnen drei Jahren vollendet sein, die Zahlung dafür soll jedoch aus Budgetrücksichten auf zehn Jahre vertheilt werden. Es scheint, daß der Vorschlag auf Hinausschiebung der Zahlungsfristen von ungarischer Seite ausging, wo man Gewicht darauf legt, daß sich der Fehlbetrag, an dessen Eindämmung Tisza arbeitet, nicht noch ungünstiger darstelle. Die Waffenfabrikgesellschaft in Steyr ging auf den Vorschlag um so eher ein, als sie gefürchtet hatte, daß Ungarn die Gewehre für seine Honveds überhaupt nicht von der Gesellschaft, sondern von einer eigenen ungarischen Fabrik werde erzeugen lassen. Die Werndl'sche Actiengesellschaft hätte somit

SLUB
Wir führen Wissen.